BV-P-ö/07/0264-0-02
öffentlich

Universitäts- und Hansestadt
Greifswald

- Beschluss -

Einbringer
Politik Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, SPD-Fraktion

Gremium	*Sitzungsdatum*	*Ergebnis*
Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit (BuK)	15.11.2022	ungeändert abgestimmt
Hauptausschuss (HA)	21.11.2022	auf TO der BS gesetzt
Bürgerschaft (BS)	12.12.2022	geändert beschlossen

Zum weiteren Umgang mit Garagen - Keine Kündigung städtischer Garagenkomplexe bis mindestens 2030 und Einrichtung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt, alle bisherigen Bestrebungen der Stadtverwaltung und vorhandene Beschlüsse zu einer Veränderung der Nutzung von städtischen Garagenkomplexen werden gestoppt.

Die Bürgerschaft beschließt, dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu folgen und ein umfassendes ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren zum Thema: „Weiterer Umgang mit Garagenkomplexen im Stadtgebiet (städtische Grundstücke)“ einzuleiten.

Wir begrüßen die Beteiligung des kommunalen Konfliktmanagements „Demokratie leben“ daran.

Bis mindestens zum 31.12.2030 wird ein Moratorium (Aussetzen) für den Abriss städtischer Garagenkomplexe im Sinne der Beschlussvorlage BV-V/07/0522-01 gewährt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens der Bürgerschaft den tatsächlichen Wohnraumbedarf des Jahres 2022 sowie den

prognostizierten Wohnraumbedarf der folgenden Jahre bis 2030 in Zahlen darzustellen. Zusätzlich ist aufzuzeigen, inwiefern eine Stadtentwicklung, in Bezug auf Wohnraum, auch über die jetzigen Stadtgrenzen hinaus möglich ist.
Darüber hinaus ist im Verfahren zu ermitteln, inwieweit städtische Garagenkomplexe zur Gewinnung von erneuerbaren Energien (z.B. Photovoltaik, Solar, etc.) herangezogen werden oder als Garagenkomplexe weiterentwickelt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	11	2

Egbert Liskow
Präsident der Bürgerschaft